

BESCHLUSS | 32. Landestag der JU Sachsen-Anhalt am 03.06.2023

Mehr Sicherheit durch intensivere grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit

Antragsteller: KV Burgenlandkreis

Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert das Innenministerium auf, sich stärker mit dem Thema "Polizeiarbeit innerhalb der EU" auseinanderzusetzen. Die Polizeien in der EU müssen in die Lage versetzt werden, die Gesellschaft vor grenzüberschreitenden Straftätern besser zu schützen. Derzeit haben die Polizeien mit unterschiedlichen, komplexen nationalen Vorschriften zu tun, daher Bedarf es zur besseren Zusammenarbeit eines klaren europäischen Rahmens. Die Polizeien benötigen u. a. bessere Instrumente und einen leichteren Informations- und Datenaustausch, um die für ihre Ermittlungen benötigten Informationen in Echtzeit erhalten zu können.

Es müssen viele Weichen auf EU-Ebene gestellt werden, zahlreiche Gesetze sind noch in der Entwurfsfassung (bspw. der DSA (Digital Services Act) und CSA-VO (Child Sexual Abuse – Verordnung (Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet))). Insbesondere aus dem DSA müssen die Strafverfolgungsbehörden herausgenommen werden und es bedarf dringend einer geeigneten EU-Eingangs- & Koordinierungsstelle, welche sich speziell um die Dublettenprüfung inkriminierter Datensätze kümmert, bevor die Sachverhalte zu den jeweiligen Ländern weitergeleitet werden.